

Medienschau 17./18. Februar 2020
aufgrund Medienmitteilung der HAW vom 17. Februar 2020

SRF regional

<https://www.srf.ch/news/regional/zuerich-schaffhausen/wegzug-von-firmen-handelskammer-winterthur-fordert-die-politik-zum-handeln-auf>

Top online

<https://www.toponline.ch/news/schweiz/detail/news/winterthur-kaempft-mit-abgaengen-von-industrieunternehmen-00129062/>

Beitrag SF Schweiz aktuell

<https://www.srf.ch/play/tv/schweiz-aktuell/video/winterthur-zh-immer-mehr-firmen-ziehen-weg?id=005e9040-a4f8-4b44-8f21-4b2f6c8425f0>

Schiffsmotorenbauer Wärtsilä zieht von Winterthur nach Frauenfeld

In Winterthur gehen über 130 Jobs verloren. Der Schiffsmotorenbauer Wärtsilä zieht von Winterthur nach Frauenfeld.

Frauenfeld Nach der Schliessung eines Werks von Rieter und dem Abgang der Zimmer-Biomet nach Zug, verabschiedet sich nun auch der finnische Schiffsmotorenbauer Wärtsilä aus Winterthur und zieht nach Frauenfeld. Vom Wegzug sind 135



Rund 130 Arbeitsplätze werden von Winterthur nach Frauenfeld gezügelt. z.v.g.

Stellen betroffen, schreibt der «Landbote». Die Belegschaft ist am Freitag über den Umzug informiert worden. Das Unternehmen soll Anfang Juli an die Schlossmühlestrasse zügel. Die rund 130 Arbeitsplätze werden mit nach Frauenfeld gezügelt. Medienanfragen können nur per Mail an die finnische Konzernzentrale gerichtet werden. Eine Antwort auf unsere Anfrage steht bis zum Redaktionsschluss aus. *tas*

«Am besten wäre für uns eine konstante Steuerfusspolitik»

Die Rieter Produktion, der Hauptsitz von Zimmer Biomet und seit Montag auch die Schiffsmotoren und Kraftwerkherstellerin Wärtsilä haben ihre Abgänge aus Winterthur gemeldet. Stadtpräsident Michael Künzle nimmt zu möglichen Gründen Stellung.

Winterthur Das Jahr 2020 hat für den Wirtschaftsstandort Winterthur denkbar schlecht begonnen.

Rieter-Produktion weg, Zimmer Biomet weg und jetzt auch noch Wärtsilä. Für Sie überraschende Abgänge?

Michael Künzle: Ja und Nein. Dass Produktionsstätten ins Ausland ausgelagert werden, ist (leider) in den letzten Jahren immer wieder vorgekommen. Dass aber das Management den Standort verlässt, ist eher ungewöhnlich. Immerhin wurden wir von Rieter und Zimmer Biomet vororientiert. Von Wärtsilä haben wir gar nichts gehört, das ist enttäuschend. Wir pflegen am Standort Winterthur einen regelmässigen Kontakt zu den Unternehmen, um genau über solche Standortthemen sprechen zu können, die Unternehmen zu unterstützen und ihnen in der Stadt oder Region Winterthur Alternativen bieten zu können.

Was wird für Winterthur schwerwiegender sein, die verlorenen Arbeitsplätze oder der Verlust an Steuerkraft?

Es schmerzt beides, keine Frage. Jeder verlorene Arbeitsplatz, jeder verlorene Steuerfranken ist einer zu

viel. Aber im Gegensatz zu früher, wird die Stadt nicht gerade krank, wenn ein Unternehmen hustet. Wir sind solide und diversifiziert aufgestellt, und mit 73'000 Beschäftigten fallen 300 Arbeitsplätze nicht so ins Gewicht. Aber der Verlust ist ärgerlich. Es werden wieder neue Firmen nach Winterthur kommen, daran arbeiten wir tagtäglich.

Steuerausfälle machen die Finanzsituation der Stadt nicht einfacher bzw. könnten eine Steuererhöhung bewirken, die weitere Unternehmen vertreiben könnte, ein Fass ohne Boden?

Die zu erwartenden Steuerausfälle sind sicherlich schmerzhaft. Aber auch hier: Wir werden sie tragen können, nicht zuletzt dank des soliden Wirtschaftsstandortes, der Winterthur mittlerweile ist. Aber wir müssen sorgsam mit dem Steuerfuss umgehen. Die Kostenentwicklung bei Gesundheit, Bildung und Sozialem löst den Ruf nach einem höheren Steuerfuss aus, der Abgang von Unternehmen zeigt, dass diese durchaus auch auf die Höhe des Steuerfusses reagieren. Am besten wäre eine konstante Steuerfusspolitik.

Im Netz tauchen bereits Reaktionen auf, die etwa hinterfragen, ob die wichtigen Arbeitgeber/Unternehmen zu wenig gepflegt und unterstützt werden, was sagen Sie als Präsident von House of Winterthur dazu?

Die Standortattraktivität der Stadt und Region Winterthur ist sehr hoch und wird es gemäss einer Studie der

CS auch weiterhin bleiben. Die Umfragen bei den Unternehmen zeigen regelmässig, dass diese gerne am Standort Winterthur sind und erfolgreich wirtschaften können. Da leistet House of Winterthur und die Stadtverwaltung ihren Anteil. Unternehmen, die wir bei der Standortsuche und anderen Herausforderungen unterstützten, sind sehr zufrieden mit den Dienstleistungen von House of Winterthur und der Stadt. Jedes Jahr lädt der Stadtrat die grössten Unternehmen der Stadt zu einer Wirtschaftsrunde ein. Rieter, Zimmer Biomet und Wärtsilä gehören da auch dazu. Das wird sehr geschätzt. Dass der Kanton Zürich hinsichtlich Steuern nicht an der Spitze der Kantone liegt, ist bekannt. Aber hinsichtlich der Standortqualität ist er es. Meines Erachtens müssen die Unternehmerinnen und Unternehmer auf das Gesamtpaket achten, nicht nur auf die zu zahlenden Steuern.

Müsste House of Winterthur mit diesen grossen Playern nicht ständig im Austausch sein, sodass solche Abwanderungsgelüste früher erkannt und möglicherweise noch rechtzeitig darauf reagiert werden könnte?

Wir sind im regelmässigen Austausch, wir besuchen die Unternehmen, wir organisieren Informations- und Netzwerkanlässe, wir befragen die Unternehmen regelmässig, um zu erfahren, was sie brauchen und wie es ihnen geht. Wir sind sehr nahe an den Unternehmen. Und die Unternehmen kommen

auch zu uns, wenn sie Unterstützung brauchen. Aber sie dürfen uns als börsenkotierte Aktiengesellschaft auch nicht alle Informationen geben.

Mitten in den Negativmeldungen kamen die News von Stadler, dass in Winterthur ausgebaut werden sollte, sind noch weitere Lichtblicke in Sicht?

Stadler ist sicherlich ein Lichtblick. Daneben aber hat sich auch die SWICA und EVO-Bus zu Winterthur bekannt und das Gewerbehäus am Taggenberg wird zur Zeit gebaut. Das freut uns natürlich und zeigt, dass Winterthur als Standort attraktiv ist. Wir werden weiterhin für gute Rahmenbedingungen sorgen, mit ganzem Engagement und einem guten Informationsnetz, je-

den Tag.

Apropos House of Winterthur, wie weit ist die Suche nach einem Nachfolger/Nachfolgerin von Michael Domeisen, wann wird dies kommuniziert?

Der Rekrutierungsprozess ist am Laufen, der Entscheid noch nicht gefallen. Wir werden in der nächsten Zeit sicherlich kommunizieren können. *Interview: George Stutz*



Enttäuschung für Stadlerpräsident Michael Domeisen: Wartsilä zugeht 130 Arbeitsplätze von Winterthur nach Frauenfeld.

Handelskammer ist besorgt über Abzüge

Winterthur Dass mit Zimmer Biomet und mit Wärtsilä gleich zwei Unternehmen innert zwei Wochen den Wegzug aus Winterthur angekündigt haben, beschäftigt nicht nur den Stadtpräsidenten Michael Künzle (siehe Interview nebenan). In einer Mitteilung hat sich auch die Handelskammer und Arbeitgebervereinigung Winterthur zu Wort gemeldet. Man sei besorgt, weil es sowohl eine schlechte Entwicklung für den Arbeitsstandort Winterthur als auch für das Steueraufkommen in Winterthur sei, heisst es einleitend. Und weiter: «Der Kanton Zürich verliert mit seinen hohen Unternehmenssteuern für Firmen immer mehr an Attraktivität.» Die beiden Firmen zieht es nicht ins Ausland, sondern in angrenzende Kantone. Der finnische Konzern Wärtsilä geht nach Frauenfeld, die Medizinaltechnikfirma Zimmer Biomet verlegt den Geschäftssitz nach Zug.

Forderungen an die Politik

Deshalb fordert die Handelskammer in ihrem Schreiben, dass der Stadtrat und der Gemeinderat dafür sorgen, attraktive Arbeitsplätze in der Stadt zu halten. Zudem sollen Regierung und Parlament für attraktive Rahmenbedingungen für hiesige Unternehmen sorgen, sprich eine wirtschaftsfreundlichere Politik verfolgen. Darunter versteht die Handelskammer eine nachhaltige Finanzpolitik, ein wettbewerbsfähiger Steuerfuss, eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur, sowie ein auf die Zukunft ausgerichtetes Bildungssystem. *mth*

«Es ist keine Besserung in Sicht»

Ausgabe vom 18. Februar
«Handelskammer schlägt Alarm»

Vor ein paar Tagen hat sich unserer Winterthurer Kassenwart darüber geärgert, dass er stets mit Finanzfragen konfrontiert werde. Ab und zu würde er lieber zu Fragen der Lebensqualität in unserer schönen Stadt Stellung nehmen. Nun, das Finanzdepartement mit seiner Buchhaltung ist eine staubtrockene Materie, die sich nie für Profilierungswünsche eignet. Unser Finanzminister ist deshalb sehr gut beraten, sich sofort um die sich abzeichnende desolatte Finanzlage der Stadt intensiv zu kümmern. Der Wegzug von Zimmer und Wärsilä sollte ihm definitiv die Augen öffnen, denn es fehlen zukünftig einige Millionen im Steueraufkommen der Stadt. Das unpopuläre Wort Sparen ist angesagt, auch wenn das einige Stimmbürger nicht sehr reizvoll finden. Zur Erinnerung: Der Schuldenberg der Stadt Winterthur existiert immer noch in voller Höhe. Es ist nicht anzunehmen, dass er in den nächsten Jahren verschwindet ...

Hanspeter Imholz, Winterthur

Rund 350 Arbeitsplätze gehen in Winterthur verloren, drei Viertel davon aufgrund von Verlegungen des Hauptsitzes einmal nach Zug (Zimmer), einmal nach Frauenfeld (Wärsilä). Der Verlust von Arbeitsplätzen ist sicher schmerzhaft, betrifft aber wohl weniger als 100 Mitarbeiter, da bei zwei der drei Firmen der Arbeitsplatz

einfach verschoben wird. Vielmehr schmerzt wohl der Wegfall von zwei vermutlich potenten Steuerzahlern.

Es zeigt, dass der Kanton Zürich es verpasst hat, die Unternehmenssteuern mit der Inkraftsetzung der Unternehmenssteuerreform rechtzeitig anzupassen. So bezahlt ein Unternehmen im Kanton Thurgau mehr als ein Drittel weniger Steuern als im Kanton Zürich, im Kanton Zug ist es sogar nur etwa die Hälfte. Das Zeichen, das damit auch anderen Unternehmen in Winterthur gesetzt wird, ist kein gutes, ebenso wenig zieht diese Tendenz neue Unternehmen an. Die Auswirkungen auf die Steuereinnahmen sind wohl signifikant, und es ist keine Besserung in Sicht, im Gegen-

teil. Es liegt nun an der Stadt, einerseits nachhaltig Druck auf den Kanton auszuüben und andererseits mit weiteren potenziellen Abwanderern das Gespräch aufzunehmen und den Puls zu fühlen.

In derselben Ausgabe übrigens macht sich das mögliche zukünftige SP-Co-Präsidium Meyer und Wermuth stark für eine höhere Besteuerung der Unternehmen in der Schweiz. Passt eigentlich gar nicht. Damit würden wir Abwanderungen von Unternehmen und den Verlust von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen riskieren. «Neosozialistische Realitätsverweigerung» nannte dies die NZZ kürzlich, sehe ich auch so.

Ruedi Brem, Winterthur

Winterthur ist nicht plötzlich eine Wirtschaftshölle

Analyse Der Verlust von 350 Arbeitsplätzen und mutmasslich mehreren Millionen Franken an Firmensteuern trifft Winterthur. Aber es ist zu früh für eine Panikmache.

Marc Leutenegger

So unterscheiden sich die Perspektiven: Während in Winterthur über den Umzug von Wärtsilä nach Frauenfeld der Katzenjammer ausgebrochen ist, titelt die «Thurgauer Zeitung» selbstbewusst «Wärtsilä soll erst der Anfang sein.»

Ist das jetzt übertriebene Euphorie, oder laufen uns die Ostschweizer tatsächlich bald den Rang ab? Fakt ist, der Kanton Thurgau hat im Zuge der Umsetzung der Steuervorlage 17 erst vor eineinhalb Wochen eine Senkung der Gewinnsteuern für Firmen beschlossen. Das Volk folgte der Kantonsregierung deutlich und schlug Warnungen lokaler Exekutivpolitiker in den Wind, die vor einem Verlust von rund 60 Millionen Franken an Firmensteuern gewarnt hatten.

In der Umsetzung sind die



Marc Leutenegger
Leiter Ressort Stadt

Ostschweizer äusserst eifrig: Der neue Steuersatz tritt rückwirkend per Anfang Januar 2020 in Kraft. Wärtsilä, so sagte der Leiter des Amtes für Wirtschaft und Arbeit gegenüber der «Thurgauer Zeitung», soll den Steuerentscheid abgewartet haben, bevor sich der Schiffmotorkonzern definitiv

für den neuen Standort entschied. Auch wenn es dazu keine offizielle Stellungnahme gibt, die Steuerfrage dürfte den Entscheid des finnischen Konzerns wohl beeinflusst haben.

Mit der Senkung der Gewinnsteuern bleibt der Kanton Thurgau im schweizweiten Steuerwettbewerb unter den Top zehn, hinter den Inner-schweizer Steuerparadiesen. Hingegen wird der Kanton Zürich bei den Unternehmenssteuern im letzten Drittel bleiben, obschon auch er 2021 die Gewinnsteuern senkt.

Die kantonale Umsetzung der Steuervorlage 17, das kann man sagen, bringt noch einmal Bewegung in den Steuerwettbewerb. Massive Verschiebungen in der Steuerrangliste sind aber nicht wirklich zu erwarten. Auf die lokalen Verhältnisse bezogen: Die Differenz zwischen Zürich und dem Kanton Thurgau respektive Winterthur und Frauenfeld vergrössert sich gegenüber den letzten Jahren nur marginal.

Was den Standort Frauenfeld zum Konkurrenten macht, ist primär seine geografische Nähe zu Winterthur und eine attraktive Kostenstruktur. Wer seine Arbeitsplätze nur um 20 Kilometer verschiebt, muss nicht mit vielen Kündigungen rechnen. Und die Wohnungsmieten im Thurgau sind tief. Das ist auch der Unterschied zur Stadt und zum Kanton Zug. Es ist kein

Zufall, dass das Medizinaltechnikunternehmen Zimmer Biomet nur seinen Hauptsitz, nicht aber die Produktion in die mit Steuerdumping operierende Innerschweiz verlagert. Die dortigen Lebenskosten sind für das «Blue Collar»-Personal schlicht zu hoch.

Auch dieses Beispiel zeigt: Es gibt eine Vielzahl an Faktoren im Standortwettbewerb. Im Kanton Zürich, das ist nicht falsch, steht die Steuerlandschaft unter einem gewissen Druck. Dass sich dieser eher in Winterthur auswirkt als in der Stadt Zürich mit ihrem internationalen Prestige, ist eine mögliche Entwicklung.

Trotzdem ist es zu früh, um Alarm zu schlagen, wie es die Handelskammer und Arbeitgebervereinigung Winterthur getan hat. Hier hat Stadtpräsident Michael Künzle (CVP) nicht unrecht, auch wenn er sich mit seiner Gelassenheit der Kritik aus den eigenen Reihen aussetzt. Die Stadt verzeichnete über die letzten Jahre ein recht konstantes und solides Arbeitsplatzwachstum. Dass der industrielle Sektor zunehmend an Bedeutung verliert, ist ein Zeichen der Zeit. Für Dienstleistungs- und Techunternehmen bietet die Stadt indes einiges: die Nähe zur bedeutendsten Fachhochschule der Schweiz, eine günstige Verkehrslage und sicher mehr Lebensqualität als das nette, aber kleinstädtische Frauenfeld.

Ob ein nur marginal gewachse-

ner Steuerunterschied wirklich ausreicht, um Frauenfeld in den Rang des Intimfeindes der Winterthurer Standortförderung zu heben, bleibt deshalb im Moment Spekulation. Der Handelskammer mag man insofern recht geben, dass ein höherer Steuerfuss, wie er Winterthur in den nächsten Jahren droht, die Ausgangslage eher verschlechtern dürfte. Rezepte, wie gegen die finanzielle Misere konkret anzugehen wäre, haben die Kammer und ihr Präsident aber nicht, stattdessen zitieren sie ihre eigenen Schlagworte der letzten Jahre.

Die hohen Bildungs- und Sozialausgaben bleiben für die Stadt eine Realität, die Investitionen in die Infrastruktur, von der auch das steuergünstigere Umland profitiert, werden die Kasse weiter belasten. Lokal wird Winterthur keine Antworten finden, um im Steuerwettbewerb mitzutun – einem Wettbewerb, der am Ende immer zugunsten der Aktionäre und zulasten der Gemeinwesen ausgeht. Trotzdem ist Panikmache fehl am Platz. Winterthur ist nicht über Nacht zur Wirtschaftshölle geworden, und zwei Fälle von Steuerflucht machen noch keinen Exodus.

«Es sind nicht nur wirtschaftsfreundliche Entscheide gefallen»

Mehrere Firmen verlassen Winterthur – für Michael Domeisen,

Direktor der Standortförderungsorganisation, sind die hohen Steuern mit ein Grund

Interview: Linda Koponen

Herr Domeisen, in den letzten Wochen haben drei grosse Industriefirmen einen Stellenabbau und teilweise einen Standortwechsel angekündigt. Betroffen sind über 300 Arbeitsplätze in Winterthur. Haben Sie Ihren Job als oberster Standortförderer nicht gemacht?

Der Verlust der Steuererträge ist substanziell, und wir nehmen die Abgänge sehr ernst. Wir sind nah an den Unternehmen dran und führen als Organisation pro Jahr gegen 1000 Gespräche mit den unterschiedlichen Unternehmen in Stadt und Region. Standortwechsel werden aber in der Regel nicht im Voraus mit uns thematisiert.

Es geht um das Medizintechnik-Unternehmen Zimmer Biomet, die Schiffsmotorenbau- und Energiefirma Wärtsilä und den Textilmaschinenhersteller Rieter. Wie erklären Sie sich die Abgänge?

Für die Wegzüge spielen zum einen die vergleichsweise hohen Gewinnsteuern im Kanton Zürich, aber gerade im Fall von Rieter auch die globale Marktsituation eine Rolle. Leider können wir weder das eine noch das andere direkt beeinflussen. Vor allem US-Firmen reagieren sehr sensibel auf Steuerentwicklungen. Vor der Abstimmung über die Steuervorlage 17 haben wir warnend darauf hingewiesen, dass sich die hohen Steuern negativ auf die Standortattraktivität des Kantons Zürich auswirken werden. Dass die Nachbarkantone substanziell tiefere Steuern haben, ist für uns ein Nachteil.

Wie steht es denn gesamthaft um den Wirtschaftsstandort Winterthur?

Die Qualität ist sicher immer noch sehr gut. Wir können mit guten ÖV-Verbindungen, mit einer hohen Lebensqualität und der Verfügbarkeit von Fachkräften punkten. Was den Standort am meisten schwächt, sind wie gesagt die hohen

Steuern für gewisse Unternehmen. Die Abzugsmöglichkeiten für Aufwendungen in Forschung und Entwicklung sowie das sogenannte «Step-Up» als Übergangsregime schwächen allerdings das Gefälle zu den Nachbarkantonen im Moment ab.

Nimmt der Stadtrat die Problematik zu wenig ernst?



Michael Domeisen
Direktor
House of Winterthur

Der Stadtrat hat sich als eines der wichtigsten Ziele für die Legislatur den Erhalt und die weitere Schaffung von Arbeitsplätzen gesetzt. In einer Stadt gibt es aber natürlich immer unterschiedliche Bedürfnisse, die sich teilweise auch widersprechen. Es sind in letzter Zeit sicher nicht nur wirtschaftsfreundliche Entscheide gefallen.

Was meinen Sie damit konkret?

Unzufrieden ist die Wirtschaft beispielsweise mit der Verkehrspolitik. Parkplätze sind für die Autopendler und damit für den Wirtschaftsstandort sehr wichtig.

Im Gegensatz zu Winterthur konnte die Stadt Zürich in letzter Zeit neue Firmen dazugewinnen – etwa das Reinigungsunternehmen Vebege. Dieses zieht mit seinen rund 8000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Dietikon nach Zürich. Hat es Winterthur im Standortwettbewerb schwerer als Zürich?

Wir stehen pro Jahr mit gegen hundert Unternehmen in Kontakt, die sich für den Standort Winterthur interessieren. Die Daimler-Tochter Evobus Schweiz

AG verlegt ihren Sitz mit über 100 Mitarbeitern von Kloten nach Wülflingen. Ebenfalls kürzlich nach Wülflingen gekommen ist das Maschinenbauunternehmen Okey. Und die Krankenkasse Swica baut derzeit an einem neuen Hauptsitz an der Römerstrasse. In puncto Image und Bekanntheit ist Zürich Winterthur wohl voraus. Die grösste Herausforderung, die beide teilen, ist die abnehmende Verfügbarkeit von freien Bauflächen.

Welches sind denn die härtesten Konkurrenten für den Standort Winterthur?

Ich spreche nicht gerne von Konkurrenten, schliesslich geht es um den Standort Schweiz als Ganzes. Aber klar: Die Stadt

Winterthur liegt nah bei den Nachbarkantonen Schaffhausen, St. Gallen und Thurgau, wo die Gewinnsteuern tiefer sind. Gerade im Fall von Wärtsilä, die von Oberwinterthur nach Frauenfeld zieht, hat das sicherlich eine Rolle gespielt.

House of Winterthur machte im letzten Jahr mit zahlreichen Abgängen Schlagzeilen. Auch Sie werden dem Standortmarketing Ende Juni den Rücken kehren. Sie gaben in einer Medienmitteilung bekannt, das House of Winterthur aus persönlichen Gründen zu verlassen, um sich beruflich neu zu orientieren. Gab es da einen Konflikt?

Als junge Organisation im Aufbau hatte House of Winterthur in den letzten Monaten tatsächlich zahlreiche Abgänge zu beklagen. Vorstand und Geschäftsleitung arbeiten bei diesem Thema Hand in Hand. Der Bereich Wirtschaftsförderung konnte in dieser Zeit aber uneingeschränkt und in Vollbesetzung seine Aufgaben wahrnehmen und stand im intensiven Austausch mit den Unternehmen in Stadt und Region.

«Das ist ein Weckruf für Winterthur»

Wirtschaft In zwei Wochen haben zwei Firmen die Verlegung von Arbeitsplätzen in andere Kantone beschlossen. Nun fordert die Handelskammer die Politik zum Handeln auf. Die Situation sei besorgniserregend, sagt ihr Präsident Thomas Anwander.

Marc Leutenegger (Interview)

Am Sonntag hat der «Landbote» publik gemacht, dass der Schiffsbauer Wärtsilä seine 135 Arbeitsplätze von Winterthur nach Frauenfeld verlegt. Jetzt richtet die Handelskammer Forderungen an die Politik. Ist das nicht etwas übertrieben?

Mit Zimmer Biomet und Wärtsilä haben in nur zwei Wochen zwei grosse internationale Firmen angekündigt, dass sie ihre Aktivitäten aus der Stadt abziehen. Das muss für Winterthur ein Weckruf sein.

Stadtpräsident Michael Künzle (CVP), den die Handelskammer bei den Wahlen unterstützt hat, spricht von einer Häufung von Einzelfällen.

Es geht jetzt wirklich nicht um den Wahlkampf. Winterthur verliert rund 275 Arbeitsplätze. Da muss man sich als Stadt überlegen, was das bedeutet.

Nochmals, der Stadtpräsident sagt, das seien Einzelfälle. Sie würden also widersprechen?

Ich rede nicht für den Stadtpräsidenten, sondern als Präsident der Handelskammer. Für mich sind das Alarmsignale, die beiden Firmen gehen nicht ins Ausland, die gehen in den Kanton Zug und in den Thurgau. Darum ist die Ausgangslage auch eine andere als bei Rieter.

Die Arbeitsplatzstatistik der letzten Jahre (Kasten) zeigt, dass die Beschäftigtenzahl in Winterthur ziemlich kontinuierlich gestiegen ist. Müsste einem das nicht Mut machen?

Es geht nicht nur um die Stellenzahl, sondern auch um die Qua-

lität der Stellen. Insofern sind die Wegzüge ein Signal. Zimmer Biomet verlegt seinen Sitz nach Zug. Und Wärtsilä, ein Unternehmen, das ebenfalls attraktive Arbeitsplätze bietet, geht nach Frauenfeld. Da muss man sich doch die Frage stellen: Ist Winterthur als Wirtschaftsstandort noch genügend attraktiv?



«Wir wünschen uns, dass sich House of Winterthur fokussiert.»

Thomas Anwander
Präsident der Handelskammer und Arbeitgebervereinigung Winterthur

Das kann man nur beurteilen, wenn man sich die Kennzahlen anschaut, nicht den Einzelfall.

Meine Einschätzung ist, dass die Wegzüge Auswirkungen auf die Steuereinnahmen der Stadt Winterthur haben, weil es profitable Firmen sind, die wegziehen. Auch zu beachten sind wegziehende Arbeitnehmer, bei denen es sich um gute Steuerzahler handeln dürfte.

Dass Steuersubstrat verloren geht, ist bedauerlich. Es bedeutet aber nicht, dass der Standort

nicht mehr attraktiv ist.

Ich sage: Die Einzelfälle sind an sich besorgniserregend. Natürlich werden wir dann Ende Jahr schauen müssen, wie sich die Arbeitsplatzstatistik verändert hat. Auch wenn die Arbeitsplatzzahlen gestiegen sind, Winterthur hat im Vergleich mit Zürich oder St. Gallen eine tiefere Beschäftigungsquote.

Winterthur ist keine Kantonshauptstadt.

Umso wichtiger sind die privaten Arbeitsplätze.

Die Handelskammer fordert nun bessere Rahmenbedingungen für die Unternehmen. Was braucht es denn konkret?

Der Kanton Zürich steht steuerlich schlecht da im Vergleich mit dem Rest der Schweiz, er muss sich Gedanken machen, wie er für Unternehmen attraktiv bleibt.

Das entzieht sich dem Einfluss der Winterthurer Politik. Was fordern Sie auf lokaler Ebene?

Winterthur muss schauen, dass der Steuereffuss 122 nicht überschreitet, was sowohl für juristische als auch private Personen relevant ist.

Die soziale Hilfe, die Schulen und die Investitionen sind die grössten Kostentreiber – und das meiste davon ist zwingend. Wo soll die Stadt den Hebel ansetzen?

Es gibt diverse Ansätze, wie man im Sozial- und Bildungswesen mit weniger Geld mehr erreichen kann. Wir möchten, dass sich alle dazu Gedanken machen.

Bis jetzt blieben Versuche in diese Richtung ziemlich erfolglos, wie etwa der Kostendeckel für die Sonderschulen.

Natürlich hat die Handelskammer auch nicht das Wunderrezept, wie die Kosten für die Sonderschulen sofort reduziert werden können. Das ist aber kein Grund, nicht nach Lösungen zu suchen.

Aber Sie sagen, dass diese Kosten unter Kontrolle zu bringen sind. Dann haben Sie also auch ein Rezept.

Es wäre unseriös, jetzt hier etwas in die Richtung zu formulieren. Ich glaube, dass es ganz viele kleine Massnahmen sind, mit denen sich etwas erreichen lässt. Warum zum Beispiel braucht es bei der Beschaffung von Tablets eine Zusatzausschreibung, die 200 000 Franken Mehrkosten verursacht. In Winterthur fehlt ganz generell eine gute Controlling-Kultur.

Der Stadtrat würde Ihnen hier bestimmt widersprechen. Aber Sie haben recht, da und dort geht Geld verloren, wie in allen grossen Institutionen. Nur macht das den Unterschied – oder müsste Winterthur die Investitionstätigkeit zurückfahren? Konkret gefragt: Hätte man zum Beispiel aufs Polizeigebäude verzichten sollen?

Es gibt viele städtische Investitionen, bei denen man sich fragen kann, ob man so viel Geld ausgeben muss oder es nicht auch günstiger geht.

Ich frage Sie nach dem Polizeigebäude.

Meine Begeisterung dafür hat sich immer in Grenzen gehalten. 80 Millionen sind viel Geld.

Der Gemeinderat, fordert die Handelskammer, soll keine

Projekte mehr anstossen, welche die Rahmenbedingungen für Firmen verschlechtern. Was meinen Sie damit?

Die Idee, kein städtisches Bauland mehr zu verkaufen, sondern es nur noch im Baurecht abzugeben zum Beispiel; darauf hätte man verzichten sollen.

Es gibt immer noch grosse Flächen an privatem Industrie- und Gewerbeland. Sie denken, diese Auflage macht einen signifikanten Unterschied?

Es ist ein Beispiel. Wie gesagt, man muss vor allem den Steuerfuss im Auge behalten.

Sie rufen auch House of Winterthur dazu auf, sich auf die Wirtschaftsförderung zu konzentrieren. Heisst das, Sie würden den Tourismusbereich schliessen?

Nein, das nicht. Das ist ein Bestandteil, der auch Arbeitsplätze

sichert. Aber House of Winterthur würde gut daran tun, nicht jeder Idee nachzurennen, es sollte sich auf die Ansiedlungen konzentrieren.

Es sollte sich also nicht mehr für etwas wie das Wimmelbuchprojekt engagieren?

Dies ist nur ein Beispiel. Es ist aber nicht die Aufgabe der Handelskammer, die Strategie zu formulieren. Wir wünschen einfach, dass sich House of Winterthur fokussiert.

House of Winterthur wurde nach vielen Personalwechseln und mit dem angekündigten Rücktritt des Direktors durchgeschüttelt. Fehlt es der Organisation an Schlagkraft?

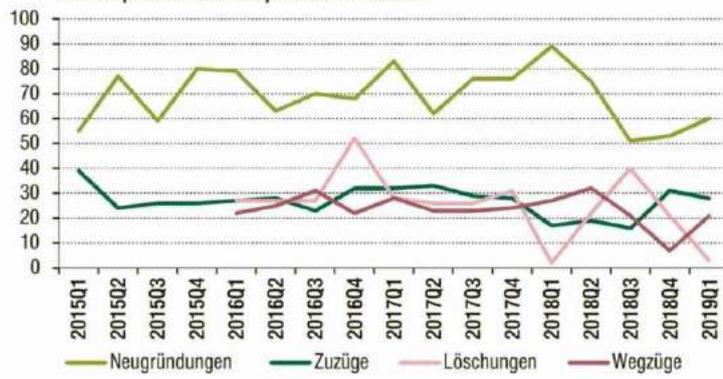
Der Vorstand von House of Winterthur ist daran, das Thema zu klären. Das muss ich weiter nicht

kommentieren.

Beschäftigtenzahlen

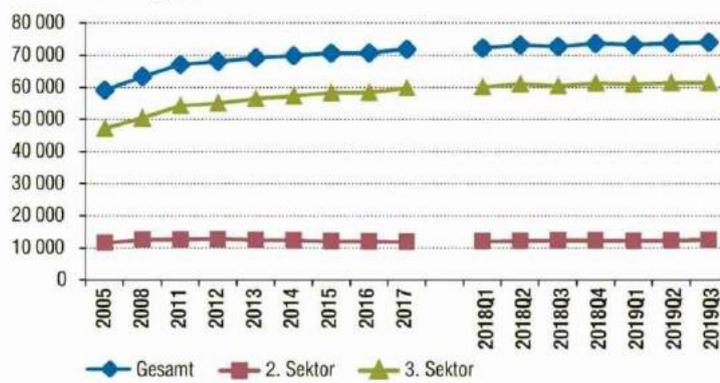
Die Zahl der Arbeitsplätze ist in Winterthur in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. Die obere Grafik der Fachstelle Statistik der Stadt Winterthur zeigt die Entwicklung der Firmen, die Zu- und Wegzüge sowie die Neugründungen und Löschungen, allerdings ohne dabei die Beschäftigungszahlen zu gewichten. Bis auf das Jahr 2018 überwogen die Firmenzuzüge die Wegzüge seit 2016 fast durchgängig. Die Neugründungen lagen deutlich über den Löschungen. Wobei eingetragene Firmen auch inaktiv sein können. Die untere Grafik zeigt die Beschäftigungszahlen für Winterthur. Von rund 60 000 Beschäftigten im Jahr 2005 stieg die Zahl auf zuletzt 74 000 (3. Quartal 2019), wobei die Dienstleistungsberufe (Sektor 3) zulegen konnten und der industrielle Sektor (Sektor 2) erst abnahm und dann mehr oder weniger stagnierte. Im letzten Herbst bezeichnete die Stadt die Beschäftigungsaussichten auf Basis einer Firmenbefragung als «mehrheitlich gut». (mcl)

Firmen quartalsweise nur juristische Personen



Quelle: Steueramt Winterthur, Grafik: da

Beschäftigte quartalsweise



Quelle: Beschäftigungsstatistik BFS / STATENT, Grafik: da

Firmen-Exodus aus Winterthur

Die Steuern müssen rasch runter



DANIEL FRITZSCHE

Die einst stolze Industriestadt Winterthur hat harte Tage hinter sich: Innert drei Wochen kündigten gleich drei Grossfirmen an, Stellen abzubauen und ihre Sitze aus der zweitgrössten Stadt des Kantons Zürich teilweise abzuziehen. Nach dem Maschinenbauer Rieter und dem Medtech-Unternehmen Zimmer Biomet hat jetzt der finnische Schiffsmotorenhersteller Wärtsilä nachgezogen. Insgesamt gehen in Winterthur über 350 zum Teil hochqualifizierte Arbeitsplätze verloren.

Die kurz gestaffelten Hilfsbotschaften sollten den Winterthurer Behörden zu denken geben. Doch hört man dem Stadtpräsidenten Michael Künzle (csp.) zu, dann tönt es anders. Die Abgänge scheinen ihn nicht mit Besorgnis zu erfüllen. Er spricht von «Einzelfällen». Winterthur zähle 73 000 Beschäftigte. Die verlorenen Arbeitsplätze müsse man dazu ins Verhältnis setzen. Alles halb so schlimm, so sieht es anscheinend der Stadt Vater.

Eine solche Haltung ist fatal. Gerade als Stadtpräsident und Präsident der Standortförderungsorganisation «House of Winterthur» müsste Künzle um jeden Arbeitsplatz und jeden Steuerfranken, der daran hängt, kämpfen wie ein Löwe. Allein der Wegzug von Zimmer Biomet könnte in der Stadt und dem Kanton zu Steuerausfällen in zweistelliger Millionenhöhe führen. Das sind keine Brosamen. Neben den Steuererträgen und den Arbeitsplätzen sind die Wegzüge auch für kleinere Zulieferfirmen aus der Region ein Problem: ihnen fehlen in Zukunft wichtige Aufträge.

Die Abgänge als «Einzelfälle» abzutun, greift ebenfalls zu kurz. Zumindest bei Zimmer Biomet und Wärtsilä ist es offensichtlich, dass die hohe Steuerbelastung im Kanton Zürich ein wichtiger Grund für den Umzugsentscheid war. Wer mag es ihnen verübeln? Der Kanton steht bei den Firmensteuern schlecht da. Mit Bern und dem Wallis befindet er sich auf den letzten Plätzen. In Zug, Luzern und auch Basel-Stadt zahlen Unternehmen nur etwa halb so viel Gewinnsteuern.

Die so hoch gelobten Standortvorteile von Zürich – die Nähe zu den Hochschulen und zum Flughafen, die hohe Lebensqualität, der gut ausgebaute öffentliche Verkehr – mögen wichtige Faktoren für den Standortentscheid von Firmen sein.

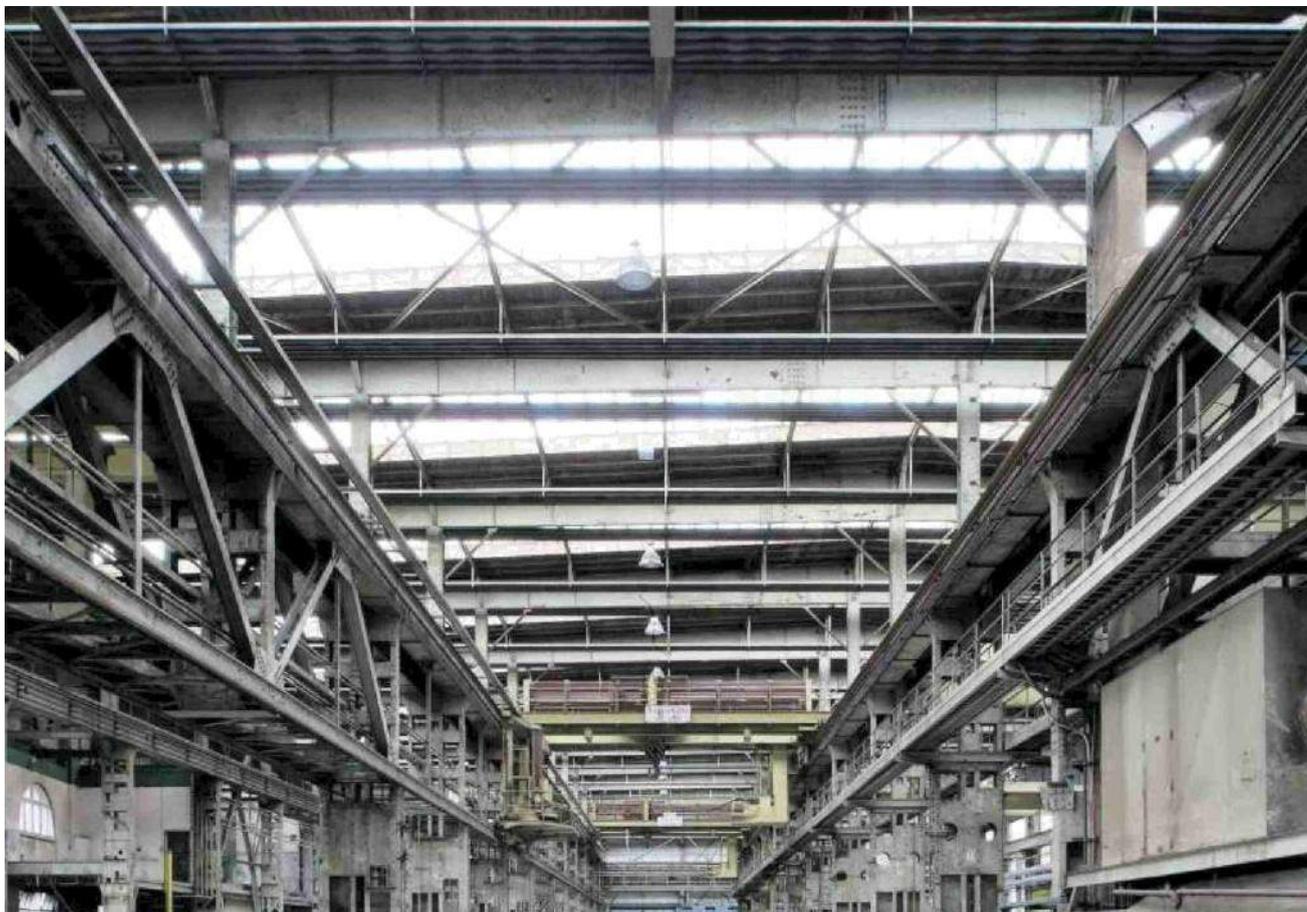
Letztlich müssen diese aber auf ihr Portemonnaie schauen. Wenn die Rechnung nicht aufgeht, ziehen sie weg. Es zeigt sich nun sehr deutlich: Der harte Steuerwettbewerb, der im Abstimmungskampf zur Reform der Firmensteuern beschworen wurde, war keine Phantasie oder Angstmacherei, wie dies Gegner glauben machen wollten, sondern er ist real – und er fordert nun Opfer.

Wärtsilä zieht nach Frauenfeld, das von Winterthur aus in 11 Minuten mit dem Zug zu erreichen ist und wo mit einem Gewinnsteuersatz von 13,4 Prozent paradiesische Zustände herrschen. Der Europasitz von Zimmer Biomet liegt künftig in Zug: 11,9 Prozent Gewinnsteuern. 22 Minuten vom Zürcher Hauptbahnhof entfernt. Das sind Fakten, mit denen sich nicht nur die Winterthurer Standortförderer auseinandersetzen müssen.

Umso wichtiger ist es, dass Zürich seine Gewinnsteuern nach einem ersten Schritt im September bald um einen weiteren Prozentpunkt senkt. Mit Tiefsteuern wie Zug wird Zürich zwar auch dann noch nicht mithalten können, aber die Unterschiede wären angesichts der unbestrittenen Standortvorteile weniger eklatant. Wenn Künzle «seinem» Winterthur etwas Gutes tun will, dann sollte er seine ganze Energie darauf verwenden, dass diese Senkung rasch Realität wird.

Wegzüge hinterlassen Millionenschaden

Zwei Industriefirmen verlegen Arbeitsplätze
von Winterthur nach Zug und Frauenfeld



Sowohl Zimmer Biomet als auch Wartsila hatten sich Sparten des serbelnden Sulzer-Konzerns einverleibt.

SIMON TANNER / NZZ

LENA SCHENKEL, RETO FLURY,

DANIEL FRITZSCHE

Gleich zwei Industrieunternehmen kehren Winterthur zumindest teilweise den Rücken: Vergangene Woche kündigte das Medizinaltechnik-Unternehmen Zimmer Biomet an, seinen Hauptsitz für Europa, den Nahen Osten und Afrika nach Zug zu verlegen. Am Montag hat nun der «Landbote» gemeldet, die finnische Schiffsmotorenbau- und Energiefirma Wartsila ziehe von Oberwinterthur nach Frauenfeld um. Beide Firmen hatten sich in der Vergangenheit — teilweise über Umwege — ehe-

malige Sparten des untergehenden Sulzer-Konzerns einverleibt.

Insgesamt sind 275 Arbeitsplätze betroffen, die in Winterthur ab Sommer beziehungsweise Spätherbst verloren gehen. Beide Unternehmen werden ihre Gewinn- und Kapitalsteuern künftig nicht mehr im Kanton Zürich zahlen. Im Falle von Zimmer Biomet durfte ein zweistelliger Millionenbetrag entfallen. Diese Summe hatte die Firma 2017 im Vorfeld

der Abstimmung zur Unternehmenssteuerreform III selbst genannt.

Der damalige Standortchef Luigi Sorrentino schaltete sich öffentlich in den Abstimmungskampf ein und warb für ein Ja zur Reform. An einem Mediengespräch des Standortforderers Greater Zurich Area gab er an, einen Ausbau um 100 Stellen auf Eis gelegt zu haben. Eine relativ tiefe Steuerbelastung sei wichtig, um negative Effekte der hohen Löhne und

der Währungsproblematik kompensieren zu können. Hat die Firma nun ihre damalige implizite Drohung, aus steuerlichen

Die Steuern müssen rasch runter

Gründen einen Wegzug ins Auge zu fassen, wahr gemacht? «Drohung» sei das falsche Wort, heisst es bei der Pressestelle. Die Steuern seien ein «nicht zu vernachlässigender Faktor in einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung» gewesen, jedoch nicht der alleinige. Auch der attraktivere Medtech-Sektor und die Fachkräfte in Zug seien darin eingeflossen.

Man habe den Entscheid nicht leichtfertig gefällt und halte zumindest auf Produktionsseite an Winterthur fest. Das Unternehmen betont auch, dass der

Hauptsitz in der Schweiz verbleibe und nicht etwa nach Irland verlegt werde. Das Land bleibe ein positiver Wirtschaftsstandort, doch Firmen müssten in einem «hochkompetitiven Marktumfeld» nun einmal «nachhaltig wirtschaften».

Verschärfter Wettbewerb

Klar ist: Beide Unternehmen ziehen an Standorte, die deutlich tiefere Gewinnsteuern haben als der Kanton Zürich. In Zug liegt die Belastung bei 11,9 Prozent, es ist die zweitiefste in der ganzen Schweiz. In Frauenfeld beträgt die Gewinnsteuer total 13,4 Prozent. Der Thurgau ist im interkantonalen Vergleich immer noch in den Top Ten.

Zürich rangiert dagegen am Schluss der Rangliste. Die Stimmbewölkerung hat zwar im Herbst der Umsetzung der Steuervorlage 17 zugestimmt – und somit auch der Senkung des Gewinnsteuersatzes um einen Prozentpunkt auf 2021. Doch auch dann resultiert in der Stadt Zürich selber noch eine Gesamtbelastung von 19,7 Prozent.

Die Zürcher Finanzdirektion äusserte sich am Montag nur zu Zimmer Biomet. Man bedaure den Wegzug und den Verlust von hochqualifizierten Arbeitsplätzen ausserordentlich, schreibt die Medien-

stelle. Die Finanzdirektion anerkenne, dass Medizintechnik-Unternehmen unter starkem Wettbewerbsdruck ständen und ihre Möglichkeiten zur Kostenoptimierung ausschöpfen müssten. Gleichzeitig sei man dankbar, dass der Produktionsstandort Winterthur weitergeführt werde und diese Arbeitsplätze somit im Kanton und in Winterthur erhalten blieben.

Generell scheint der Kanton nicht unattraktiv zu sein. So gab der europäische Ableger des amerikanischen Medikamentenherstellers Merck & Co. Anfang Monat bekannt, in der Stadt Zürich eine Geschäftsstelle mit über 250 Mitarbeitern aufzubauen. Die Schweizer Firma Vebege

wiederum zieht mit ihren 8000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gar von Dietikon in die Stadt Zürich selber.

Mehrere Hiobsbotschaften

Winterthur hingegen musste Ende Januar schon die Ankündigung des Textilmaschinenherstellers Rieter, die Produktion am Hauptsitz einzustellen, verkraften. Urs Hofer, der FDP-Fraktionschef im Stadtparlament, warnt vor Generalisierungen und betont, dass die Hiobsbotschaften unterschiedliche Gründe hätten. Rieters Stellenabbau gehe auf volkswirtschaftliche Faktoren zurück, die weit über Winterthur hinausgingen, und bei Zimmer spiele der Steuerwettbewerb. Er sagt aber auch: «Es macht mir Sorgen, wie wir in Winterthur politisieren. Es fehlt eine Willkommenskultur für die Wirtschaft.»

Nach Hofers Ansicht hat sich das Problem seit den Wahlen und der rot-grünen Rückeroberung der Stadtratsmehrheit verschärft. Als jüngste Beispiele nennt er den Gestaltungsplan für einen Neubau der Krankenkasse Swica oder den Streit um die neue Parkplatzverordnung. Obwohl die Swica eine wichtige Arbeitgeberin ist und der Neubau nach ökologischen Standards konzipiert wurde, mochte sich die SP als grösste Partei nicht zu einem Ja durchringen und beschloss Stimmfreigabe (das Volk sagte dann deutlich Ja). Bei den

Parkplätzen lag ein Kompromiss auf dem Tisch. Er wurde vom Parlament in letzter Minute ausgerechnet für das Arbeitsplatzgebiet Neuhegi-Grütze verschärft.

Die Handelskammer und Arbeitgebervereinigung Winterthur (HAW) zeigt sich in einer Stellungnahme besorgt über die Wegzüge. Sie seien schlecht für den Arbeitsstandort und das Steueraufkommen und zeigten, dass der Kanton Zürich mit seinen hohen Unternehmenssteuern an Attraktivität verliere. Dieses Problem könne Winterthur selbstverständlich nicht allein lösen, sagt der HAW-Präsident Thomas Anwender. «Der Stadtrat könnte sich aber in die kantonale Politik einbringen.» Er fordert vom Stadtrat Strategien, die verhindern sollen, dass wegen Mindererträgen infolge der Wegzüge der allgemeine Steuerfuss erhöht werden muss. Er liegt derzeit bei 122 Prozent.

Laut Stadtpräsident Michael Künzle (cvp.) hatte ihn Zimmer Biomet in die Pläne eingeweiht. Das Verhältnis zu Wärsilä scheint hingegen nicht das beste gewesen zu sein. Dem «Landboten» gegenüber sagte der CEO Ole Pyndt Hansen, man habe am Freitag nach der Belegschaft auch die Stadt informieren wollen, aber niemanden erreicht. Künzle seinerseits hielt in einer schriftlichen Stellungnahme fest, er wisse nichts von einem Kontaktversuch. Er habe am Montag den ganzen Tag versucht, einen Kontakt mit Verantwortlichen von Wärsilä herzustellen. «leider erfolglos».

Laut Künzle werden der Stadt «mehrere Millionen Franken» an Steuereinnahmen fehlen. Er ergänzt, dass jeder Arbeitsplatz und jeder Steuerfranken, die man verliere, einer zu viel sei. Aber Winterthur sei heute ein stabiler und diversifizierter Standort mit über 73 000 Beschäftigten. Die Aufgabe des Stadtrats werde es sein, die Standortqualität hochhalten oder verbessern zu können, schreibt Künzle. Man wisse, dass Zürich bei der Besteuerung von juristischen Personen im Vergleich mit den Nachbarkantonen nicht konkurrenzfähig sei. «Das ist ja auch Gegenstand von politischen Diskussionen.»

Zuversicht und Sorge: Winterthur verliert 360 Jobs

Abbau Hat Winterthur ein Problem? Ausgerechnet der Bauernkanton Thurgau jagt der ehemaligen Industriestadt 135 Arbeitsplätze ab. Und nicht nur das. Seit Anfang Jahr gingen insgesamt 360 Stellen verloren.

«Schlechte Nachrichten», sagt Thomas Anwander von der Handelskammer und Arbeitgebervereinigung Winterthur; der Anwalt mit der runden Brille ist auch Generalsekretär der lokalen Traditionsfirma Rieter. Seine Gemütslage fasst er kurz zusammen: «Wir sind besorgt.»

Zuerst gab Anwanders Firma Rieter Ende Januar bekannt, ihre Spinnereimaschinenfabrik in Winterthur nach 200 Jahren zu schliessen. Die Fertigung wird nach China und Indien verlagert. Minus 87 Stellen. Dann meldete Zimmer Biomet, ein amerikanischer Konzern für Medizintechnik, dass er seinen Hauptsitz für Europa, den Nahen Osten und Afrika nach Zug verlegt. Die Produktion sei nicht betroffen, liess das Unternehmen ausrichten, nur Kaderangestellte. Jedenfalls: minus 140 Stellen. Und gestern machte der «Landbote» den Umzug des Schiffsmotorenherstellers Wärtsilä nach Frauenfeld publik. Die Firma aus Finnland hatte das Werk im Jahr 2000 von Sulzer übernommen. Nun wird auch dieses Kapitel der Winterthurer Industriegeschichte geschlossen. Minus 135 Stellen.

Sind die Steuern schuld?

Thomas Anwander glaubt, den Grund für die Abwanderungen zu kennen: zu hohe Steuern. «Ganz schlecht wäre es, die Steuern zu erhöhen, wie das zurzeit manche Politiker vorschlagen», sagt er. «Es müsste eher in die andere Richtung gehen.» Was er damit anspricht: Zug hat einen Gewinnsteuersatz von 14 und der Thurgau von 16 Prozent; im Kanton Zürich sind es 21. Anwander hat noch ein paar andere Punkte. Unter anderem solle die lokale Standortförderung mehr Unternehmen nach Winterthur holen. Auch verkehrstechnisch könne man einiges verbessern.

Gelassener reagiert man bei der angesprochenen Standortförderung, die House of Winterthur heisst. «Winterthur gehört zu den zehn besten Wirtschaftsstandorten der Schweiz», sagt Direktor Michael Domeisen. «Das belegt eine Studie der Credit Suisse.» Punkto Steuern sieht er den Kanton in der Pflicht. «Unserre Stärke sind, dank der Hochschule, gut ausgebildete Leute, die Wissen anwenden können. Vor allem im Versicherungs-, Maschinenbau- und Energiebereich. Hier liegt auch unsere Zukunft», schliesst Domeisen.

Und was sagen die Zahlen? Die Zahl Arbeitsplätze ist in den letzten zehn Jahren parallel zur Bevölkerung gewachsen. Ende 2019 gab es 74 000 Beschäftigte in Winterthur bei 115 500 Einwohnerinnen und Einwohnern, was eine Beschäftigungsquote von 0,64 ergibt. Diese Zahl ist seit 2011 stabil geblieben. (kbr)

Jetzt verlässt auch Wärtsilä Winterthur

Winterthur Der finnische Schiffsmotorenbauer Wärtsilä, der vor zwei Jahrzehnten die Sulzer Dieselsparte übernommen hatte, verlegt seinen Sitz nach Frauenfeld. Winterthur verliert knapp 135 Arbeitsplätze.

Marc Leutenegger

Es ist die dritte Negativschlagzeile in nur drei Wochen: Mit dem finnischen Schiffsmotorenbauer Wärtsilä verlässt ein Konzern mit enger Verbindung zur Winterthurer Industriegeschichte die Stadt. Erst Ende Januar hatte Rietter die Schliessung der letzten Produktionshalle in Töss angekündigt, mit 87 Betroffenen. Letzte Woche machte Zimmer Biomet seine Pläne publik, den Hauptsitz und 140 Arbeitsplätze von Oberwinterthur nach Zug zu zügeln. Und nun also Wärtsilä: Der finnische Konzern, der im Schiffsmotoren- und Energiebereich tätig ist, verlegt seine 135 Arbeitsplätze per 1. Juli von der Zürcherstrasse in Winterthur an die Schlossmühlestrasse in Frauenfeld.

Wärtsilä hatte im Jahr 2000 die Dieselsparte von Sulzer vollständig übernommen. Heute betreibt der Schweizer Zweig nur noch das Service-Geschäft. Das Geschäft mit Zweitakt-Dieselmotoren wur-

de in die Winterthur Gas & Diesel (WinGD) ausgelagert, die unterdessen ganz im Besitz der China State Shipbuilding Corporation sprich des chinesischen Staates ist. Wärtsilä hat mit WinGD einen langjährigen Servicevertrag.

Während die maritimen Geschäftszweige von Wärtsilä in den letzten Jahren moderat wuchsen, litt das Energiegeschäft, und der Gewinn war insgesamt rückläufig. Ist es der wirtschaftliche Druck, der Wärtsilä zum Standortwechsel zwingt? Und spielen steuerliche Überlegungen eine Rolle? Ole Pyndt Hansen, CEO des Schweizer Geschäfts, sagt, er könne sich zu diesen Fragen nicht äussern. Wärtsilä habe schon seit einigen Jahren nach einem neuen Standort gesucht, Frauenfeld sei attraktiv und in der Nähe, das habe den Ausschlag gegeben.

Wärtsilä hat am Freitag die Belegschaft informiert. Auch die Stadt habe man ins Bild setzen wollen, aber niemanden erreicht.

Stadtpräsident Michael Künzle (CVP) erfuhr denn auch am Sonntag vom «Landboten» vom Wegzug der Firma. Er sei natürlich nicht erfreut, sagt Künzle. Glücklicherweise treffe die Stadt eine solche Nachricht heute aber nicht mehr ganz so hart wie früher. «Winterthur zählt 73000 Beschäftigte, man muss die verlorenen Arbeitsplätze dazu ins Verhältnis setzen.» Dass gleich drei Firmen Winterthur in wenigen Wochen den Rücken kehren, sieht der Stadtpräsident als eine Häufung von Einzelfällen. Auch dass Wärtsilä Richtung Frauenfeld abwandere, sei nicht typisch. Der einstige Intimfeind im Standortwettbewerb wurde durch andere Konkurrenten abgelöst. «Der Trend geht eher Richtung Zug.»

Der Frauenfelder Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP) versichert, man habe sich nicht um Wärtsilä bemüht. Er freue sich aber: «Das ist für den Werkplatz Frauenfeld eine gute Nachricht.»

«Die Axa ist von Winterthur nicht wegzudenken»

Weil die Axa ihr Pensionskassenmodell umgekrempelt hat, bricht der Umsatz in der Jahresrechnung 2019 ein. CEO Fabrizio Petrillo ist trotzdem sehr zufrieden. Er lobt den Standort Winterthur, auch wenn die Axa in einem anderen Kanton einen «Millionenbetrag» an Steuern einsparen könnte.



Axa-Chef Fabrizio Petrillo: «Wir werden für das Jahr 2020 ein sehr hohes Wachstum im Pensionskassengeschäft vorweisen können.» Bild: Marc Dahinden
Delia Bachmann und Jakob Bächtold ABO+ 12:08

Die Prämien im Pensionskassengeschäft brachen um fast 70 Prozent ein. Trotzdem sprechen Sie von einem guten Ergebnis. Das müssen Sie unserklären.

Fabrizio Petrillo: Dieses Minus muss man einordnen. Wir haben unser Vorsorgegeschäft per 1. Januar 2019 komplett neu ausgerichtet und diesen Rückgang dafür bewusst in Kauf genommen. Wir setzen jetzt auf ein teilautonomes Modell. Darum werden die Sparprämien nicht mehr in der Bilanz der Axa geführt. Wenn man diesen rein buchhalterischen Effekt berücksichtigt, ist unser Ergebnis konstant.

Ein Minus gibt es bei der beruflichen Vorsorge auch im Neugeschäft. Warum schrumpfte dieses um 16 Prozent?

Weil sich der Vertrieb im Umstellungsjahr darauf konzentrierte, unseren bestehenden Kundinnen und Kunden das neue teilautonome Vorsorgeangebot zu erklären. Das ist uns gut gelungen: Wir konnten neun von zehn Kunden überzeugen, bei uns zu bleiben. Die Gewinnung von Neukunden stand hingegen nicht im Fokus. Unterdessen haben wir da aber nachgelegt. Per 1. Januar 2020 werden wir hier ein sehr hohes Wachstum vorweisen können. Das zeigt, dass unser Modell in der Schweiz sehr gut ankommt.

Wie hoch?

Das wird man erst im Jahresergebnis 2020 sehen.

Reden wir über jene zehn Prozent der Kunden aus dem Vorsorgebereich, welche die Axa verlassen haben. Waren das vor allem KMU, weil das neue Modell

für kleinere Unternehmen zu grosse Risiken birgt? Nein, es waren eher Grosskunden, die nicht bei uns geblieben sind. Zum Beispiel internationale Konzerne mit Niederlassungen in der Schweiz. Das sieht man auch daran, dass

mit 10 Prozent weniger Kunden insgesamt 17 Prozent der Versicherten weggefallen sind.

«Auch in den teilautonomen Modellen gibt es für die KMU ein grosses Mass an Sicherheit.» Axa-CEO Fabrizio Petrillo

Wäre für KMU eine Vollversicherung nicht besser, weil sie dort kein Risiko tragen müssen?

Nein, denn teilautonome Lösungen bieten zu geringeren Kosten die Aussicht auf deutlich höhere Renten für die Versicherten. Das Risiko liegt zudem in erster Linie bei den Sammelstiftungen, zu denen die KMU zusammengeschlossen sind. Diese haben wir mit sehr grossen Reserven bestückt. Der Deckungsgrad liegt bei 111 Prozent. Da gibt es ein hohes Mass an Sicherheit. Wir konnten 2019 eine Verzinsung von durchschnittlich 3,5 Prozent gewähren, auch Dank des guten Börsenjahrs. Zum Vergleich: Im alten Modell lag dieser Wert bei weniger als einem Prozent im Überobligatorium.

Die Axa musste da einfach handeln, weil sich mit dem alten Modell kein Geld mehr verdienen liess.

Das stimmt so nicht. Hauptbeweggrund für uns war, dass wir den Kunden mit dem teilautonomen Modell langfristig bessere Renditen zu tieferen Prämien und damit die Aussicht auf deutlich höhere Renten bieten können, bei äquivalenter Sicherheit. Was aber stimmt: Das Anlagerisiko ist nicht mehr in der Bilanz der Axa rückgedeckt. Die Sammelstiftungen sind dafür verantwortlich.

80 neue Vollzeitstellen hat die Axa im Jahr 2019 geschaffen. Wo genau?

Wir investieren weiterhin jährlich rund 120 Millionen Franken pro Jahr, vor allem in die Digitalisierung. Entsprechend liegt das Stellenwachstum zu einem Teil in diesem Bereich.



Fabrizio Petrillo ist seit Januar 2018 CEO der Axa Schweiz. (Bild: Marc Dahinden)

Die Gesundheitssparte hat nun ein Prämienvolumen von 18 Millionen Franken. Das ist zwar dreimal mehr als im Vorjahr aber immer noch sehr tief. Sind Sie damit zufrieden?

Ja, klar. Unsere Mitarbeitenden im Aussendienst verkaufen unsere Gesundheitsprodukte sehr gut. Wenn wir so weitermachen, sind wir bald eine mittelgrosse Krankenversicherung. Wenn man bedenkt, dass wir erst im Sommer 2017 in dieses Geschäftsfeld eingestiegen sind, dann ist das hervorragend.

Bei den Einzellebensversicherungen stagniert das Geschäft. Nehmen Sie das wegen des tiefen Zinsniveaus einfach hin?

Wichtig ist, dass wir im Neugeschäft die Prämieinnahmen um 18,3 Prozent steigern können. Wir haben mit « SmartFlex » ein neues Produkt einführen können, das auf das aktuelle Tiefzinsumfeld ausgerichtet ist. Das zeigt, dass wir auch da einen Weg gefunden haben, um zu wachsen. Unsere früheren Produkte entsprachen nicht mehr den aktuellen Rahmenbedingungen. Nun sind wir aber auch im Einzellebengeschäft wieder auf einem guten Weg.

Der Schaden-Kosten-Satz, der zeigt wie es um die Profitabilität in der Schadensversicherung steht, ist bei der Axa von 88,3 auf 87,1 Prozent gesunken. Einfach aus Glück, weil es 2019 weniger teure Schäden gab?

Da gibt es drei Gründe: Wir konnten die Effizienz steigern, auch dank der Digitalisierung. Zweitens konnten wir ein besseres versicherungstechnisches Ergebnis erzielen, unsere Zeichnungspolitik ist profitabler. Und drittens gab es im 2019 tatsächlich weniger Grossschäden von Naturereignissen.

Profitablere Zeichnungspolitik? Heisst da, Sie zahlen einfach weniger aus im Schadenfall?

Wir zahlen natürlich immer aus, wenn es einen Schaden gibt, der von unserer Versicherung gedeckt wird. Die Kundenzufriedenheit ist uns sehr wichtig. Aber die Balance zwischen Prämien und Risiken muss für uns stimmen, sonst machen wir Verlust - und das will kein gewinnorientiertes Unternehmen.

«Dass der Klimawandel stattfindet, können unterdessen alle beobachten. Das spiegelt sich jetzt aber noch nicht in unseren Schadensstatistiken.» Axa-CEO Fabrizio Petrillo

Es gibt immer häufiger meteorologische Extremereignisse. Berechnet die Axa wegen des Klimawandels die Risiken anders?

Dass der Klimawandel stattfindet, können unterdessen alle beobachten. Das spiegelt sich jetzt aber noch nicht in unseren Schadensstatistiken.

Wie viel kostet ein Sturm wie Sabine die Axa?

Das waren rund fünf Millionen Franken. Es muss aber kein grosser Sturm sein, um hohe Kosten zu verursachen. Wenn es während des Feierabendverkehrs in der Region Zürich hagelt, dann kostet das rasch 30 bis 40 Millionen Franken.

Aktuell haben Firmen Schlagzeilen gemacht, die von Winterthur in steuergünstigere Ortschaften wegziehen. Hat die Axa das auch schon durchgerechnet?

Nein. Die Diskussion den Steuersitz in einen günstigeren Kanton zu verlegen findet bei uns nicht statt. Wir sind seit 145 Jahren in dieser Stadt. Die Axa ist von Winterthur nicht wegzudenken. Die Standortvorteile, die Winterthur bietet, sind für uns wichtiger, als die paar Millionen Franken, die man mit einem Umzug einsparen könnte. Wir sind in der Nähe der Stadt Zürich, können gleichzeitig Mitarbeiter aus der Ostschweiz gewinnen. Wir haben eine sehr gute Beziehung zur Stadt Winterthur, wir teilen mit dem Superblock sogar das Gebäude...

Wie läuft denn der Austausch mit der Stadt?

Wie alle grossen Firmen haben wir einen regelmässigen Dialog, auch mit dem Stadtpräsidenten. Das ist wichtig, um sich gegenseitig zu verstehen. Wenn wir der Stadt helfen können, sich weiterzuentwickeln, dann tragen wir gerne auch selbst dazu bei.

Landbote 20.02.20

News Websites



Fabrizio Petrillo im Interview: «Die Axa muss der Stadt keine Ratschläge geben, da gibt es genug kompetente Leute in der Verwaltung.» (Bild: Marc Dahinden)

Hat die Axa denn Verbesserungsvorschläge für Winterthur?

Das liegt nicht an uns. Wir beteiligen uns aber im Rahmen der Standortförderung an der Stadtentwicklung, bei House of Winterthur ist Regula Schenkel als Axa-Vertreterin Vorstandsmitglied. Wir haben auch sonst viele Mitarbeitende, die sich in der Stadt engagieren.

Der neue Finanzvorstand Kaspar Bopp war vorher Axa-Mitarbeiter. Haben Sie ihm Tipps für sein Amt mit auf den Weg gegeben?

Die Axa muss der Stadt keine Ratschläge geben, da gibt es genug kompetente Leute in der Verwaltung. Ich freue mich aber, dass Kaspar Bopp in seinem Amt offensichtlich einen guten Job macht.

Für die Axa in Winterthur ist 2020 ein Umzugsjahr. 800 von rund 3000 Mitarbeitenden wechseln den Arbeitsplatz. Leidet darunter das Tagesgeschäft?

Das ist eine logistische Herausforderung. Das Tagesgeschäft wird dadurch aber nicht beeinträchtigt, auch wenn es für die jeweiligen Mitarbeitenden eine Umstellung ist.

Die Axa setzt auf «agil-mobile» Mitarbeitende. Gibt es da keine, denen das zu viel ist - die da nicht mitmachen wollen?

Der Mensch ist ein Gewohnheitstier, da sind Umstellungen nicht immer einfach. Es gibt immer Leute, welche die alten Arbeitsräume vermissen. Der Grossteil der Feedbacks ist aber sehr positiv. Die neuen Büros sind offener und haben eine andere Atmosphäre. Es gibt auch coole Lounges, auch im alten Gebäude an der General-Guisan-Strasse, dort gibt es sogar eine Playstation...

«In unserer neuen Lounge für die Mitarbeiter gibt es sogar eine Playstation. Darauf würde ich eigentlich gerne mal spielen...» Axa-Chef Fabrizio Petrillo

Spielen Sie selbst Playstation?

Nein, leider nicht. Aber ich freue mich, wenn das neue Angebot genutzt wird.

Aber wenn Sie auftauchen, hören sicher alle auf zu spielen.

Könnte sein, aber ich hoffe es nicht. Ich würde eigentlich gerne mal mitspielen.

Die Umzüge macht die Axa aber um Mietzinsen zu sparen.

Sicher müssen wir die Flächen optimal nutzen. Wir können das Gebäude an der Paulstrasse, das renovationsbedürftig war, aufgeben. Es geht uns aber nicht nur um die Effizienz: Wir wollen jungen, neuen Mitarbeitenden etwas bieten. Zu den neuen Arbeitsmodellen gehört auch, dass wir Home office oder Co-Working fördern.

Die Axa ist bekannt für neue Arbeitsmodelle - und für die Frauenförderung. In die oberste Etage scheint es diese aber nicht zu schaffen. In der Geschäftsleitung sind sieben von neun Mitgliedern Männer.

Es ist nicht angemessen, unsere Diversity-Anstrengungen nur nach der Frauenvertretung in der Geschäftsleitung zu beurteilen. Wobei wir auch da im Vergleich zu anderen Schweizer Unternehmen gut dastehen. Viel wichtiger ist, wie wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen, die Familien gründen wollen, und wie wir Teilzeitmodelle und neue Arbeitsformen fördern. Der Frauenanteil in unseren Kadern hat kontinuierlich zugenommen, aktuell liegt er bei 27 Prozent, was zeigt, dass die Massnahmen funktionieren. Wir fördern auch die Teilzeitarbeit bei Männern, sogar ein Mann in der Geschäftsleitung lebt das vor, das ist ein wichtiges Signal.

Erstellt: 20.02.2020, 13:49 Uhr

Zur Person

Fabrizio Petrillo

CEO der Axa Schweiz ist Fabrizio Petrillo seit Januar 2018. Zuvor war er Leiter der Abteilung Property & Casualty, also des Nichtleben-Geschäfts. Von 2012 bis 2016 war er Finanzchef der Axa. Der studierte Physiker mit Jahrgang 1969 kam 2009 von der Swiss Life zum Winterthurer Versicherungsunternehmen. (bä)

«Das ist ein Weckruf für Winterthur»

Nachdem in zwei Wochen zwei Firmen die Verlegung von Arbeitsplätzen in andere Kantone beschlossen haben, fordert die Handelskammer die Politik zum Handeln auf. Die Situation sei besorgniserregend, sagt ihr Präsident Thomas Anwander.



Wärtsilä verlässt Winterthur in Richtung Thurgau. Bild: Archiv/mad
Marc Leutenegger ABO+ 17.02.2020

Am Sonntag hat der «Landbote» publik gemacht, dass der Schiffsbauer Wärtsilä seine 135 Arbeitsplätze von Winterthur nach Frauenfeld verlegt. Jetzt fordert die Handelskammer Massnahmen der Politik. Ist das nicht etwas übertrieben?

Mit Zimmer Biomet und Wärtsilä haben in nur zwei Wochen zwei grossen internationale Firmen angekündigt, dass sie ihre Aktivitäten aus der Stadt abziehen. Das muss für Winterthur ein Weckruf sein.

Stadtpräsident Michael Künzle (CVP), den die Handelskammer bei den Wahlen unterstützt hat, spricht von einer Häufung von Einzelfällen.

Es geht jetzt wirklich nicht um den Wahlkampf. Winterthur verliert rund 275 Arbeitsplätze. Da muss man sich als Stadt überlegen, was das bedeutet.

Nochmals, der Stadtpräsident sagt, das seien Einzelfälle, Sie würden also widersprechen?

Ich rede nicht für den Stadtpräsidenten, sondern als Präsident der Handelskammer. Für mich sind das Alarmsignale, die beiden Firmen gehen nicht ins Ausland die gehen in den Kanton Zug und in den Thurgau. Darum ist die Ausgangslage auch eine andere als bei Rieter.

Sieht man sich die Arbeitsplatzstatistik der letzten Jahre an (Kasten), sieht man, dass die Beschäftigtenzahl in Winterthur ziemlich kontinuierlich gestiegen ist. Müsste einem das nicht Mut machen?

Es geht nicht nur um die Stellenzahl, sondern auch um die Qualität der Stellen. Insofern sind die Wegzüge ein Signal. Zimmer Biomet verlegt sein Headquarter nach Zug. Und Wärtsilä, ein Unternehmen, das ebenfalls attraktive Arbeitsplätze bietet, geht nach Frauenfeld. Da muss man sich doch die Frage stellen: Ist Winterthur als Wirtschaftsstandort noch genügend attraktiv?

Beschäftigtenzahlen

Die Zahl der Arbeitsplätze ist in Winterthur in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. Die obere Grafik der Fachstelle Statistik der Stadt Winterthur zeigt die Entwicklung der Firmen, die Zu- und Wegzüge sowie die Neugründungen und Löschungen, allerdings ohne dabei die Beschäftigungszahlen zu gewichten. Bis auf das Jahr 2018 überwogen die Firmenzuzüge die Wegzüge seit 2016 fast durchgängig. Die Neugründungen lagen deutlich über den Löschungen. Wobei eingetragene Firmen auch inaktiv sein können. Die untere Grafik zeigt die Beschäftigungszahlen für Winterthur. Von rund 60000 Beschäftigten im Jahr 2005 stieg die Zahl auf zuletzt 74000 (3. Quartal 2019), wobei die Dienstleistungsberufe (Sektor 3) zulegen konnte und der industrielle Sektor (Sektor 2) erst abnahm und dann mehr oder weniger stagnierte. Im letzten Herbst bezeichnete die Stadt die Beschäftigungsaussichten auf Basis einer Firmenbefragung als «mehrheitlich gut». (mcl)

Das kann man nur beurteilen, wenn man sich die Kennzahlen anschaut, nicht den Einzelfall.

Meine Einschätzung ist, dass die Wegzüge Auswirkungen auf die Steuereinnahmen der Stadt Winterthur haben, weil es profitable Firmen sind, die wegziehen. Auch zu beachten sind wegziehende Arbeitnehmer, bei denen es sich um gute Steuerzahlen handeln dürfte.

Dass Steuersubstrat verloren geht, ist bedauerlich. Es bedeutet aber nicht, dass der Standort nicht mehr attraktiv ist.

Was ich sage ist, die Einzelfälle sind an sich besorgniserregend. Natürlich werden wir dann Ende Jahr schauen müssen, wie sich die Arbeitsplatzstatistik verändert hat. Auch wenn die Arbeitsplatzzahlen gewachsen sind, Winterthur hat im Vergleich mit Zürich oder St. Gallen eine tiefere Beschäftigungsquote. Winterthur ist keine Kantonshauptstadt.

Umso wichtiger sind die privaten Arbeitsplätze.

Die Handelskammer fordert nun bessere Rahmenbedingungen für die Unternehmen, was braucht es denn konkret?

Der Kanton Zürich steht steuerlich schlecht da im Schweizer Vergleich, er muss sich Gedanken machen, wie er für Unternehmen attraktiv bleibt.

Das entzieht sich dem Einfluss der Winterthurer Politik. Was fordern Sie auf lokaler Ebene?

Winterthur muss schauen, dass der Steuerfuss nicht über 122% ansteigt, was sowohl für juristische als auch private Personen relevant ist.

«In Winterthur fehlt ganz generell eine gute Controlling-Kultur.»

Die soziale Hilfe, die Schulen und die Investitionen sind die grössten Kostentreiber - und das meiste davon ist zwingend. Wo soll die Stat den Hebel ansetzen?

Es gibt diverse Ansätze, wie man im Sozial- und Bildungswesen mit weniger Geld mehr erreichen kann. Wir möchten, dass sich alle dazu Gedanken machen.

Bis jetzt blieben Versuche in diese Richtung ziemlich erfolglos, wie etwa der Kostendeckel für die Sonderschulen.

Natürlich hat die Handelskammer auch nicht das Wunderrezept, wie die Kosten für die Sonderschulen sofort reduziert werden können. Das ist aber kein Grund, nicht nach Lösungen zu suchen.

Aber Sie sagen, dass diese Kosten unter Kontrolle zu bringen sind. Dann haben Sie also auch ein Rezept.

Es wäre unseriös, jetzt hier etwas in die Richtung zu formulieren. Ich glaube, dass es ganz viele kleine Massnahmen sind, mit denen sich etwas erreichen lässt. Warum zum Beispiel braucht es bei der Beschaffung von Tablets eine Zusatzausschreibung, die 200'000 Franken Mehrkosten verursacht. In Winterthur fehlt ganz generell eine gute Controlling-Kultur.

«Meine Begeisterung für das Polizeigebäude hat sich immer in Grenzen gehalten. 80 Millionen sind viel Geld.»

Der Stadtrat würde Ihnen hier bestimmt widersprechen. Aber Sie haben Recht, da und dort geht Geld verloren, wie in allen grossen Institutionen. Nur macht das den Unterschied – oder müsste Winterthur die Investitionstätigkeit zurückfahren. Konkret gefragt: Hätte man zum Beispiel aufs Polizeigebäude verzichten sollen?

Es gibt viele städtische Investitionen, bei denen man sich fragen kann, ob man soviel Geld ausgeben muss oder es nicht auch günstiger geht.

Ich frage Sie nach dem Polizeigebäude.

Meine Begeisterung dafür hat sich immer in Grenzen gehalten. 80 Millionen sind viel Geld.

Der Gemeinderat, fordert die Handelskammer, soll keine Projekte mehr anstossen, welche die Rahmenbedingungen für Firmen verschlechtern. Was meinen Sie damit?

Die Idee, kein städtisches Bauland mehr zu verkaufen, sondern es nur noch im Baurecht abzugeben zum Beispiel, darauf hätte man verzichten sollen.

Es gibt immer noch grosse Flächen an privatem Industrie- und Gewerbeland. Sie denken, diese Auflage macht einen signifikanten Unterschied?

Es ist ein Beispiel. Wie gesagt, man muss vor allem den Steuerfuss im Auge behalten.

«Das House of Winterthur würde gut daran tun, nicht jeder Idee nachzurennen, es sollte sich auf die Ansiedelung konzentrieren.»

Sie rufen auch das House of Winterthur dazu auf, sich auf die Wirtschaftsförderung zu konzentrieren. Heisst das, Sie würden den Tourismus-Bereich schliessen?

Nein, das nicht. Das ist ein Bestandteil, der auch Arbeitsplätze sichert. Aber das House of Winterthur würde gut daran tun, nicht jeder Idee nachzurennen, es sollte sich auf die Ansiedelung konzentrieren.

Es sollte sich also nicht mehr für etwas wie das Wimmelbuchprojekt engagieren?

Dies ist nur ein Beispiel. Es ist aber nicht die Aufgabe der Handelskammer, die Strategie zu formulieren. Wir wünschen einfach, dass sich das House of Winterthur fokussiert.

Das House of Winterthur wurde nach vielen Personalwechseln und mit dem angekündigten Rücktritt des Direktors durchgeschüttelt. Fehlt es der Organisation an Schlagkraft?

Der Vorstand des House of Winterthur ist daran, das Thema zu lösen. Das muss ich weiter nicht kommentieren.



Thomas Anwänder Präsident der Handelskammer und Arbeitgebervereinigung Winterthur.

Analyse

Winterthur ist nicht plötzlich eine Wirtschaftshölle

Der Verlust von 350 Arbeitsplätzen und mutmasslich mehreren Millionen Franken an Firmensteuern trifft Winterthur. Aber es ist zu früh für eine Panikmache.

So unterscheiden sich die Perspektiven: Während in Winterthur über den Umzug von Wärtsilä nach Frauenfeld der Katzenjammer ausgebrochen ist (Der Präsident der Handelskammer Thomas Anwander spricht von einer besorgniserregender Situation.), titelt die Thurgauer Zeitung selbstbewusst «Wärtsilä soll erst der Anfang sein.»

Ist das jetzt übertriebene Euphorie oder laufen uns die Ostschweizer tatsächlich bald den Rang ab? Fakt ist, der Kanton Thurgau hat im Zuge der Umsetzung der Steuervorlage 17 erst vor eineinhalb Wochen eine Senkung der Gewinnsteuern für Firmen beschlossen. Das Volk folgte der Kantonsregierung deutlich und schlug Warnungen lokaler Exekutivpolitiker in den Wind, die vor einem Verlust von rund 60 Millionen Franken an Firmensteuern gewarnt hatten.

«Die Steuerfrage dürfte den Entscheid des finnischen Konzerns wohl beeinflusst haben.»

In der Umsetzung sind die Ostschweizer äusserst eifrig: Der neue Steuersatz tritt rückwirkend per Anfang Januar 2020 in Kraft. Wärtsilä, so sagte der Leiter des Amts für Wirtschaft und Arbeit gegenüber der Thurgauer Zeitung, soll den Steuerentscheid abgewartet haben, bevor sich der Schiffsmotorkonzern definitiv für den neuen Standort entschied. Auch wenn es dazu keine offizielle Stellungnahme gibt, die Steuerfrage dürfte den Entscheid des finnischen Konzerns wohl beeinflusst haben.

Mit der Senkung der Gewinnsteuern bleibt der Kanton Thurgau im schweizweiten Steuerwettbewerb unter den Top zehn, hinter den Innerschweizer Steuerparadiesen. Hingegen wird der Kanton Zürich bei den Unternehmenssteuern im letzten Drittel bleiben, obschon auch er 2021 die Gewinnsteuern senkt.

Die kantonale Umsetzung der Steuervorlage 17, das kann man sagen, bringt noch einmal Bewegung in den Steuerwettbewerb. Massive Verschiebungen in der Steuerrangliste sind aber nicht wirklich zu erwarten. Auf die lokalen Verhältnisse bezogen: Die Differenz zwischen Zürich und dem Kanton Thurgau respektive Winterthur und Frauenfeld vergrössert sich gegenüber den letzten Jahren nur marginal.

«Die Lebenskosten in Zug sind für das «Blue Collar»-Personal schlicht zu hoch.»

Was den Standort Frauenfeld zum Konkurrenten macht, ist primär seine geografische Nähe zu Winterthur und eine attraktive Kostenstruktur. Wer seine Arbeitsplätze nur um 20 Kilometer verschiebt, muss nicht mit vielen Kündigungen rechnen. Und die Wohnungsmieten im Thurgau sind tief. Das ist auch der Unterschied zur Stadt und zum Kanton Zug. Es ist kein Zufall, dass das Medizinaltechnikunternehmen Zimmer Biomet nur seinen Hauptsitz, nicht aber die Produktion in die mit Steuerdumping operierende Innerschweiz verlagert. Die dortigen Lebenskosten sind für das «Blue Collar»-Personal schlicht zu hoch.

Auch dieses Beispiel zeigt: Es gibt eine Vielzahl an Faktoren, im Standortwettbewerb. Der Kanton Zürich, das ist nicht falsch, steht die Steuerlandschaft unter einem gewissen Druck. Dass sich dieser eher in Winterthur auswirkt als in der Stadt Zürich mit ihrem internationalen Prestige, ist eine mögliche Entwicklung.

«Die Stadt indes einiges: die Nähe zur bedeutendsten Fachhochschule der Schweiz, eine günstige Verkehrslage, und sicher mehr Lebensqualität als das nette, aber kleinstädtische Frauenfeld.»

Trotzdem ist zu früh, um Alarm zu schlagen, wie es die Handelskammer und Arbeitgebervereinigung Winterthur getan hat. Hier hat Stadtpräsident Michael Künzle (CVP) nicht unrecht, auch wenn er sich mit seiner Gelassenheit der Kritik aus den eigenen Reihen aussetzt. Die Stadt verzeichnete über die letzten Jahre ein recht konstantes und solides Arbeitsplatzwachstum. Dass der industrielle Sektor zunehmend an Bedeutung verliert, ist ein Zeichen der Zeit. Für Dienstleistungs- und Techunternehmen bietet die Stadt indes einiges: die Nähe zur bedeutendsten Fachhochschule der Schweiz, eine günstige Verkehrslage, und sicher mehr Lebensqualität als das nette, aber kleinstädtische Frauenfeld.

Ob ein nur marginal gewachsener Steuerunterschied wirklich ausreicht, um Frauenfeld in den Rang des Intimfeindes der Winterthurer Standortförderung zu heben, bleibt deshalb im Moment Spekulation. Der Handelskammer mag man insofern recht geben, dass ein höherer Steuerfuss, wie er Winterthur in den nächsten Jahren droht, die Ausgangslage eher verschlechtern dürfte. Rezepte, wie gegen die finanzielle Misere konkret anzugehen wäre, haben die Kammer und ihr Präsident aber nicht, stattdessen zitieren sie ihre eigenen Schlagworte der letzten Jahre.

Die hohen Bildungs- und Sozialausgaben bleiben für die Stadt eine Realität, die Investitionen in die Infrastruktur, von der auch das steuergünstigere Umland profitiert, werden die Kasse weiter belasten. Lokal wird Winterthur keine Antworten finden, um im Steuerwettbewerb mitzutun – einem Wettbewerb, der am Ende immer zugunsten der Aktionäre und zulasten der Gemeinwesen ausgeht. Trotzdem ist Panikmache fehl am Platz. Winterthur ist nicht über Nacht zur Wirtschaftshölle geworden, und zwei Fälle von Steuerflucht machen noch keinen Exodus.

Erstellt: 18.02.2020, 18:02 Uhr



Marc Leutenegger

Leiter Ressort Stadt (Bild: tru)

Der oberste Standortförderer von Winterthur zum Firmenexodus: «Es sind nicht nur wirtschaftsfreundliche Entscheide gefallen»

Von Winterthur nach Zug oder Frauenfeld – gleich mehrere Industriefirmen haben ihre Wegzüge aus dem Kanton Zürich in steuerfreundlichere Kantone angekündigt. Der Direktor der Standortförderungsorganisation House of Winterthur, Michael Domeisen, sieht Gründe in den hohen Steuern – aber nicht nur.

18.02.2020, Linda Koponen

Herr Domeisen, in den letzten Wochen haben drei grosse Industriefirmen Stellenabbau und teilweise Standortwechsel angekündigt. Betroffen sind über 300 Arbeitsplätze in Winterthur. Haben Sie Ihren Job als oberster Standortförderer nicht gemacht?

Der Verlust der Steuererträge ist dramatisch, und wir nehmen die Abgänge sehr ernst. Wir sind nah an den Unternehmen dran und führen als Organisation pro Jahr gegen 1000 Gespräche mit den unterschiedlichen Unternehmen in Stadt und Region. Standortwechsel werden aber in der Regel nicht im Voraus mit uns thematisiert.

Es geht um das Medizinaltechnik-Unternehmen Zimmer Biomet, die Schiffsmotorenbau- und Energiefirma Wärtsilä und den Textilmaschinenhersteller Rieter. Wie erklären Sie sich die Abgänge?

Für die Wegzüge spielen zum einen die vergleichsweise hohen Gewinnsteuern im Kanton Zürich, aber gerade im Fall von Rieter auch die globale Marktsituation eine Rolle. Leider können wir weder das eine noch das andere direkt beeinflussen. Vorallem US-Firmen reagieren sehr sensibel auf Steuerentwicklungen. Vor der Abstimmung über die Steuervorlage 17 haben wir warnend darauf hingewiesen, dass sich die hohen Steuern negativ auf die Standortattraktivität des Kantons Zürich auswirken werden. Dass die Nachbarkantone substanziell tiefere Steuern haben, ist für uns ein Nachteil.

Wie steht es denn gesamthaft um den Wirtschaftsstandort Winterthur?

Die Qualität ist sicher immer noch sehr gut. Wir können mit guten ÖV-Verbindungen, mit einer hohen Lebensqualität und der Verfügbarkeit von Fachkräften punkten. Was den Standort am meisten schwächt, sind wie gesagt die hohen Steuern für gewisse Unternehmen. Die Abzugsmöglichkeiten für Aufwendungen in Forschung und Entwicklung sowie das sogenannte «Step-Up» als Übergangsregime schwächen allerdings das Gefälle zu den Nachbarkantonen im Moment ab.

Nimmt der Stadtrat die Problematik zu wenig ernst?

Der Stadtrat hat sich als eines der wichtigsten Ziele für die Legislatur den Erhalt und die weitere Schaffung von Arbeitsplätzen gesetzt. In einer Stadt gibt es aber natürlich immer unterschiedliche Bedürfnisse, die sich teilweise auch widersprechen. Es sind in letzter Zeit sicher nicht nur wirtschaftsfreundliche Entscheide gefallen.

Was meinen Sie damit konkret?

Unzufrieden ist die Wirtschaft beispielsweise mit der Verkehrspolitik. Parkplätze sind für die Autopendler und damit für den Wirtschaftsstandort sehr wichtig.

Im Gegensatz zu Winterthur konnte die Stadt Zürich in letzter Zeit neue Firmen dazugewinnen – etwa das Reinigungsunternehmen Vebeo. Diese zieht mit seinen rund 8000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Dietikon nach Zürich. Hat es Winterthur im Standortwettbewerb schwerer als Zürich?

Wir stehen pro Jahr mit gegen hundert Unternehmen in Kontakt, die sich für den Standort Winterthur interessieren. Die Daimler-Tochter Evobus Schweiz AG verlegt ihren Sitz mit über 100 Mitarbeitern von Kloten nach Wülflingen. Ebenfalls kürzlich nach Wülflingen gekommen ist das Maschinenbauunternehmen Okey. Und die Krankenkasse Swica baut derzeit an einem neuen Hauptsitz an der Römerstrasse. In puncto Image und Bekanntheit ist Zürich Winterthur wohl voraus. Die grösste Herausforderung, die beide teilen, ist die abnehmende Verfügbarkeit von freien Bauflächen.

Welches sind denn die härtesten Konkurrenten für den Wirtschaftsstandort Winterthur?

Ich spreche nicht gerne von Konkurrenten, schliesslich geht es um den Standort Schweiz als Ganzes. Aber klar: Die Stadt Winterthur liegt nah bei den Nachbarkantonen Schaffhausen, St. Gallen und Thurgau, wo die Gewinnsteuern tiefer sind. Gerade im Fall von Wärtsilä, die von Oberwinterthur nach Frauenfeld zieht, hat das sicherlich eine Rolle gespielt.

Wie soll es denn aus Ihrer Sicht weitergehen?

Der Kanton Zürich ist nach wie vor der stärkste Wirtschaftsmotor der Schweiz. Der Kanton wird alles daransetzen, dass dies so bleibt. Wir werden auch in Zukunft einen guten Kontakt zu den Unternehmen pflegen müssen. Es gilt zudem, Winterthur weiterhin als Technologiestandort und als Zentrum für praxisorientierte Bildung zu positionieren und weiterzuentwickeln.

House of Winterthur machte im letzten Jahr mit zahlreichen Abgängen Schlagzeilen. Auch Sie werden dem Standortmarketing Ende Juni den Rücken kehren. Sie gaben in einer Medienmitteilung bekannt, das House of Winterthur aus persönlichen Gründen zu verlassen, um sich beruflich neu zu orientieren. Gab es da einen Konflikt?

Als junge Organisation im Aufbau hatte House of Winterthur in den letzten Monaten tatsächlich zahlreiche Abgänge zu beklagen. Vorstand und Geschäftsleitung arbeiten bei diesem Thema Hand in Hand. Der Bereich Wirtschaftsförderung konnte in dieser Zeit aber uneingeschränkt und in Vollbesetzung seine Aufgaben wahrnehmen und stand im intensiven Austausch mit den Unternehmen in Stadt und Region.



Winterthur verliert durch die Wegzüge von Firmen Millionen Steuerfranken. Sowohl Zimmer Biomet als auch Wärtsilä hatten sich Sparten des serbelnden Sulzer-Konzerns einverleibt.

Kommentar

Der Firmen-Exodus in Winterthur ist besorgniserregend und er zeigt, wie dringend tiefere Unternehmenssteuern im Kanton Zürich sind

Gleich drei Grossunternehmen kehren Winterthur teilweise den Rücken. Wie nonchalant die Stadtregierung darauf reagiert, ist nicht akzeptabel.

17.02.2020, Daniel Fritzsche

Die einst stolze Industriestadt Winterthur hat harte Tage hinter sich: Innert drei Wochen kündigten bleich drei Grossfirmen an, Stellen abzubauen und ihre Sitze aus der zweitgrössten Stadt des Kantons Zürich teilweise abzuziehen. Nach dem Maschinenbauer Rieter und dem Medtech-Unternehmen Zimmer Biomet ist am Montag der finnische Schiffsmotorenhersteller Wärtsilä nachgezogen. Insgesamt gehen in Winterthur über 350, zum Teil hochqualifizierte Arbeitsplätze verloren.

Die kurz gestaffelten Hiobsbotschaften sollten den Winterthurer Behörden eigentlich zu Denken geben. Doch hört man dem Stadtpräsidenten Michael Künzle (cvp.) zu, dann tönt es anders. Die Abgänge scheinen ihn nicht sonderlich zu besorgen. Er spricht von «Einzelfällen». Winterthur zähle heute 73 000 Beschäftigte. Die verlorenen Arbeitsplätze müsse man dazu ins Verhältnis setzen. Alles halb so schlimm, so sieht es anscheinend der Stadtvater.

Eine solche Haltung ist fatal. Gerade als Stadtpräsident und Präsident der Standortförderungsorganisation «House of Winterthur» müsste Künzle doch um jeden einzelnen Arbeitsplatz und jeden einzelnen Steuerfranken, der daran hängt, kämpfen wie ein Löwe. Allein der Wegzug von Zimmer Biomet könnte in der Stadt und dem Kanton zu Steuerausfällen in zweistelliger Millionenhöhe führen. Das sind keine Brosamen, sondern durchaus relevante Beträge. Neben den Steuererträgen und Arbeitsplätzen sind die Wegzüge auch für kleinere Zulieferfirmen aus der Region ein Problem; ihnen fehlen in Zukunft wichtige Aufträge.

Die Abgänge als «Einzelfälle» abzutun, greift ebenfalls zu kurz. Zumindest bei Zimmer Biomet und Wärtsilä ist es offensichtlich, dass die hohe Steuerbelastung im Kanton Zürich ein wichtiger Grund für den Umzugsentscheid gewesen sein muss. Wer mag es ihnen verübeln? Tatsächlich steht der Kanton bei den Firmensteuern schlecht da. Mit Bern und dem Wallis befindet er auf den letzten Plätzen. In Zug, Luzern, aber auch in Basel-Stadt zahlen Unternehmen nur etwa halb so viel Gewinnsteuern wie in Zürich.

Die so hoch gelobten Standortvorteile von Zürich – die Nähe zu den Hochschulen und zum Flughafen, die hohe Lebensqualität, der gut ausgebaute öffentliche Verkehr et cetera – mögen wichtige Faktoren für den Standortentscheid von Firmen sein. Letztlich müssen Unternehmen aber auf ihr Portemonnaie schauen. Wenn die Rechnung am Ende des Jahres nicht aufgeht, ziehen sie weg. Es zeigt sich nun sehr deutlich: Der harte Steuerwettbewerb, der im Abstimmungskampf zur Reform der Firmensteuern beschworen wurde, war keine Fantasie oder Angstmacherei, wie dies etwa Gegner glauben machen wollten, sondern er ist ganz real – und er fordert nun Opfer.

Wärtsilä zieht nach Frauenfeld, das von Winterthur aus in elf Minuten mit dem Zug erreichbar ist und wo mit einem Gewinnsteuersatz von 13,4 Prozent geradezu paradiesische Zustände herrschen. Der Europasitz von Zimmer Biomet liegt künftig in Zug: 11,9 Prozent Gewinnsteuern, 22 Minuten vom Zürcher Hauptbahnhof entfernt. Das sind Fakten, mit denen sich nicht nur die Winterthurer Standortförderer in den nächsten Jahren noch intensiver konfrontiert sehen werden.

Umsowichtiger ist es, dass Zürich seine Gewinnsteuern nach einem ersten Schritt im letzten September bald um einen weiteren Prozentpunkt senkt. Mit den Tiefsteuernkantonen wie Zug wird Zürich zwar auch dann noch nicht mithalten können, aber die Unterschiede wären angesichts der sonstigen, unbestrittenen Standortvorteile nicht mehr so eklatant. Wenn Michael Künzle «seinem» Winterthur etwas Gutes tun will, dann sollte er zusammen mit Verbündeten seine ganze Energie darauf verwenden, dass diese dringend notwendige Senkung möglichst rasch Realität wird.



Zimmer Biomet zieht ihren Europasitz von Winterthur nach Zug – wer soll es der Firma verübeln?